



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Verzicht auf Einweggeschirr bei städtischen Veranstaltungen

Beratungsfolge:

19.06.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

1. Seitens der städtischen Verwaltung wird auf die Benutzung von Einweggeschirr aus Plastik grundsätzlich verzichtet. Das gilt sowohl für Veranstaltungen im Rathaus als auch für alle anderen städtischen Veranstaltungen in Räumen außerhalb des Rathauses oder auf Plätzen.
2. Die Verwaltung prüft, inwieweit bei öffentlichen Veranstaltungen durch Dritte, die aber einer städtischen Genehmigung bedürfen, das Verbot von Einweggeschirr aus Plastik durchgesetzt werden kann.

Kurzfassung

Entfällt

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind nicht betroffen

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Georg Panzer
im Hause

Hagen, 30. Mai 2018

Verzicht auf Einweggeschirr bei städtischen Veranstaltungen

Sehr geehrter Herr. Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Umweltausschusses, gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 19. Juni 2018.

Beschlussvorschlag:

1. Seitens der städtischen Verwaltung wird auf die Benutzung von Einweggeschirr aus Plastik grundsätzlich verzichtet. Das gilt sowohl für Veranstaltungen im Rathaus als auch für alle anderen städtische Veranstaltungen in Räumen außerhalb des Rathauses oder auf Plätzen.
2. Die Verwaltung prüft, inwieweit bei öffentlichen Veranstaltungen durch Dritte, die aber einer städtischen Genehmigung bedürfen, das Verbot von Einweggeschirr aus Plastik durchgesetzt werden kann.

Begründung:

Weltweit wird zurzeit auf die verheerenden Auswirkungen des Plastikmülls in unseren Meeren und an den Stränden hingewiesen. Fast jeder an der Nordsee angespülte Eisvogel, so berichtet die Umweltorganisation Nabu, habe Plastik im Magen.

Die EU-Kommission will jetzt ein Verbot von Einweg-Produkten erwirken. Die Stadt Hagen sollte daher mit einem guten Beispiel voran gehen. Letztmalig ist der SPD-Fraktion aufgefallen, dass bei der Infoveranstaltung zum ISEK am 14. Mai 2018 im Ratssaal Getränkebecher aus Plastik ausgegeben wurden.

Mit freundlichen Grüßen



Werner König
SPD-Ratsfraktion